FH-GB-01-116

Wir schaffen endlich Gleichberechtigung und Lohngleichheit

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Antragsteller*in:	KV Stuttgart
Beschlussdatum:	27.04.2017

Änderungsantrag zu FH-GB-01

Von Zeile 115 bis 117 einfügen:
Daher verteidigen wir die Straffreiheit von Schwangerschaftsabbrüchen gegen die Angriffe von rechts und streben eine Reform des § 218 an. Frauen in Notlagen brauchen Unterstützung und Hilfe, keine Bevormundung und keine Strafe.

Begründung

Der § 218 beinhaltet immer noch deutliche Einschränkungen (Beratungspflicht, 72h obligatorische Bedenkzeit), zudem sind Schwangerschaftsabbrüche nur „straffrei“ und nicht legal. Anzustreben ist also eine echte Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen in Verbindung mit einer Fristenregelung.